



Presseschau vom 13.05.2015:

Quellen: *Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru*, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dnr-news und novorosinform* sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind *Nachrichtenquellen aus den neuen ostukrainischen Volksrepubliken in Rot (dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform)* und *andere ukrainische Quellen in Blau (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer)* gekennzeichnet. Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe.

vormittags:

Dan-news.info: Mitteilung von D. Puschilin und W. Dejnego:

Von uns wurde an die Verfassungskommission der Ukraine zu Händen Wladimir Grojsmann und an die Minsker Kontaktgruppe zu Händen der OSZE-Vertreterin Heide Tagliavini sowie an den Vertreter Russlands Asamat Kulmuchametow, den Vertreter der Ukraine Leonard Kutschma und den vorläufigen Koordinator der Gruppe zu politischen Fragen Pierre Morel Vorschläge zur Änderung der Verfassung der Ukraine in Entsprechung zu Punkt 11 des Maßnahmekomplexes zur Erfüllung der Minsker Vereinbarungen vom 12. Februar 2015 geschickt. In ihnen ist die Einfügung eines zusätzlichen Teils in die Verfassung der Ukraine vorgesehen, der den besonderen Rechtsstatus der einzelnen Gebiete des Donbass stärkt. So ist insbesondere die Schaffung von Einheiten der Volksmiliz vorgesehen, die von den örtlichen Behörden kontrolliert werden, der offizielle Status der russischen Sprache, ein besondere wirtschaftliches Regime und andere Rechte. Auch ist die Möglichkeit des Abschlusses eines Komplexes von Vereinbarungen und Übereinkünften zwischen der zentralen Regierung der Ukraine und dem Donbass vorgesehen. Es werden Änderungen in den Artikeln der Verfassung über das Rechtssystem, die Generalstaatsanwaltschaft, die örtliche Selbstverwaltung, den administrativ-territorialen Aufbau der Ukraine vorgeschlagen. In dem Projekt ist eine verfassungsmäßige Stärkung des blockfreien Status des Ukraine vorgesehen.

Denis Puschilin hat unterstrichen, dass die DVR und die LVR sich schon mehrfach an die Verfassungskommission und an Herrn Groijman persönlich gewandt haben, aber keine Antwort erfolgt ist. Am 6. Mai haben die Unterarbeitsgruppen der Minsker Kontaktgruppe

angefangen zu funktionieren, im Rahmen einer von ihnen soll die Erörterung des politischen Fragenblocks erfolgen, darunter auch der Verfassungsreformen der Ukraine, wie dies die Minsker Vereinbarungen vorschreiben. Deshalb haben wir im Vorfeld der geplanten Sitzung der Verfassungskommission der Ukraine am 13. Mai 2015 noch einmal schriftliche unsere Gesetzgebungsvorschläge eingereicht. Für den Fall, dass die Ukraine die genannten Änderungen in ihre Verfassung einfügt, so werden auch die DVR und die LVR entsprechende Änderungen in ihre Verfassungen einfügen, fügte der Bevollmächtigte der DVR hinzu.

Als Kommentar zu der Erklärung sagte Wladislaw Dejnego, dass eine Synchronisierung und Harmonisierung von Verfassungsreformen in der Ukraine, der DVR und der LVR das einzig mögliche Modell der Wiedererschaffung eines einheitlichen politischen Raums und einer Erfüllung der Minsker Vereinbarungen sind.

Dan-news.info: „Der abendliche Beschuss des Flughafens ist nichts anderes als eine weitere Provokation. Das Feuer wurde mit Schusswaffen, Antipanzerraketen, Panzern, gepanzerter Militärtechnik und Granatwerfern vom Kaliber 82 und 120 mm eröffnet“, teilte das Verteidigungsministerium der DVR in Bezug auf den Beschuss des Donezker Flughafens durch die ukrainischen Streitkräfte mit.

Nach Meinung des Vertreters des Ministeriums ist die Provokation durch die Drohungen Kiews bedingt, den Friedensprozess zum Scheitern zu bringen.

„Die weiteren Provokationen sind mit den Erklärungen des Präsidenten der Ukraine verbunden, in denen er verspricht, entgegen den übernommenen Verpflichtungen den Friedensprozess zur Regulierung des Konflikts in der Ukraine zu sabotieren.“

Wir erinnern daran, dass am 11. Mai der Präsident der Ukraine Petr Poroschenko eine Erklärung angegeben hat, in der die Rede von der Zusammenziehung von Waffen im Donbass ist und von der Bereitschaft Kiews den Donezker Flughafen zurück zu erobern. Danach haben die ukrainischen Truppen massiv die südwestlichen Außenbezirke der Hauptstadt der DVR und den Bezirk des Flughafens beschossen.

Dan-news.info: „In den letzten 24 Stunden haben die Milizen 41 Beschüsse des Territoriums der Republik festgestellt. Der Gegner wendet weiterhin schwere Waffen an“, teilte das Verteidigungsministerium der DVR mit.

Nach Informationen des Ministeriums haben die ukrainischen Streitkräfte fünf mal das Feuer mit Artillerie eröffnet, vier mal mit Panzerwaffen, es wurden fünf Beschüsse unter Verwendung von gepanzerter Militärtechnik festgestellt. 17 mal wurde mit Granatwerfern geschossen, einmal mit Abwehrgeschützen, dreimal unter Verwendung von Antipanzerraketen, sechs mal mit anderen Schusswaffen.

Beschossen wurden Donezk (Oktjabrskij, Bergwerk Oktjabrskaja, das Gebiet des Flughafens und das Volvo-Zentrum), Gorlowka, Jasinowataja, Spartak, Shabitschewo, Logwinowo, Kalinowka.

Ob Verluste unter der Zivilbevölkerung und den Milizen vorliegen, wird derzeit geprüft.

Dan-news.info: Das Zivilschutzministerium der DVR hat in Gorlowka Brände festgestellt, die durch den Beschuss der Stadt von Seiten der ukrainischen Streitkräfte hervorgerufen wurden, teilte der Pressedienst des Ministeriums mit.

„Im Nikitowskij-Bezirk von Gorlowka wurden am 13. Mai Brände und Zerstörungen als Folge des Einschlags von explosiven Geschossen festgestellt.“ Eine Scheune wurde völlig zerstört, ein Haus teilweise. Auch wurden Fensterverglasungen zerstört.

de.sputniknews.com: Russland ist gegen die Dominanz einer Nation über andere und für die Achtung der Interessen aller Länder, wie der russische Botschafter in Deutschland, Wladimir Grinin, in einem Interview für die Deutschen Wirtschafts Nachrichten erklärt hat. Die Gründung der Eurasischen Wirtschaftsunion (EAWU) ist laut dem Botschafter kein Versuch, das „Russische Reich“ wiederzubeleben, wie im Westen oft gern interpretiert werde.

„Die Union war ursprünglich als leistungsfähige Integrationsgemeinschaft gedacht, die allen modernen Standards entspricht und Bedingungen für ein stabiles Wirtschaftswachstum in den Mitgliedsstaaten und somit die Erhöhung des Wohlstands, eine allseitige Modernisierung und globale Wettbewerbsfähigkeit schafft“, äußerte Grinin.

Das Volk müsse selbst darüber entscheiden, welche Integration es wählen solle – die europäische oder die eurasische. Am Beispiel der Ukraine sei deutlich zu sehen, wozu Versuche führen können, die natürlichen wirtschaftlichen und kulturellen Verbindungen mit traditionellen Partnern von außen zu zerstören.

„Wir sind der felsenfesten Überzeugung, dass diese Modelle nicht miteinander konkurrieren, sondern einander ergänzen sollten“, sagte Grinin.

„Die Eurasische Wirtschaftsunion ist bereit, einen gemeinsamen wirtschaftlichen und humanitären Raum mit der EU zu gründen. Alle notwendigen Voraussetzungen für einen Dialog zwischen unseren Integrationsformaten gibt es, einschließlich einheitlicher Handelsregeln auf der Grundlage der WTO-Normen“, fügte Grinin hinzu.

In Bezug auf die Folgen der westlichen antirussischen Sanktionen betonte der Diplomat, dass „ihre grundlegende Auswirkung der Vertrauensverlust zwischen den Partnern“ sei.

„Vor unseren Augen wird all das vernichtet, was unsere Vorgänger im Laufe der vergangenen Jahrzehnte mit so viel Aufwand geschaffen haben“, so Grinin.

Dnr-news.com: Heute Nacht wurde der Beschuss von Wohnvierteln in der Stadt Gorlowka durch Panzer der ukrainischen Armee wieder aufgenommen. Im Video wird gezeigt und berichtet, dass eine Schule und ein Kindergarten beschädigt wurden, in mehreren Wohnhäusern die Fenster zersplitterten und das Dach eines Wohnhauses zerstört wurde. Zum Zeitpunkt der Filmaufnahmen gab es noch keine Angaben zu Verletzten. Der Verteidigungsminister der DVR bestätigt die Beschädigungen. Die Einwohner der Stadt meinten, dass es der schwerste Beschuss seit der vereinbarten Waffenruhe sei. Beobachter der OSZE sind bereits in der Stadt eingetroffen.

<iframe width="854" height="510" src="https://www.youtube.com/embed/GPK9x_-z_xA" frameborder="0" allowfullscreen></iframe>

https://youtu.be/GPK9x_-z_xA

Nachmittags:

Dnr-news.com: Der stellvertretende Leiter der speziellen, OSZE-Beobachtermission, Alexander Hug sagte auf einer Pressekonferenz am 13. Mai, dass die Parade der Militärtechnik in Donezk am 9. Mai eine Verletzung des Minsker Abkommens gewesen sei, berichtet unser Korrespondent...

<iframe width="854" height="510" src="https://www.youtube.com/embed/QA-nZaryuqQ" frameborder="0" allowfullscreen></iframe>

<https://youtu.be/QA-nZaryuqQ>

Novorosinform.org: Der Präsident der Ukraine Petr Poroschenko hat im „EU Observer“ Russland mit Nazi-Deutschland verglichen.

In dem Artikel setzt Poroschenko die Wiedervereinigung der Krim mit Russland mit dem Anschluss Österreichs gleich. Ihm zufolge haben diese beiden Ereignisse eine "abschreckende Ähnlichkeit".

Darüber hinaus hat der ukrainische Präsident einige "Handlungen Russlands im Donbass" gesehen und verglich sie sie mit der Besetzung des Sudetenlandes.



[http://storage.novorosinform.org/cache/1/c/\(1\)_poroschenkoo.jpg/w644h387.jpg](http://storage.novorosinform.org/cache/1/c/(1)_poroschenkoo.jpg/w644h387.jpg)

Dan-news.info: Die Nutzer des Mobilfunkoperators „MTC-Ukraina“ in der DVR haben heute wieder keinen Zugang zu Netz. Insbesondere betrifft dies Donezk, Makejewka, Debalzewo. MTC selbst hat dies in einer Pressemeldungen mitgeteilt:

„Die Situation ist nicht stabil. Tatsächlich funktioniert die Verbindung aufgrund eines Defekts im faseroptischen Kabel nicht. Zurzeit versuchen wir mit Hilfe von Spezialisten den Fehler zu beheben. Zurzeit sind im Donbass etwa 60% des Gebiets ohne Verbindung.“

Dan-news.info: Ein Linienbus ist in der Stadt Jasinowata in Folge eines Beschusses von Seiten der ukrainischen Truppen verbrannt, teilte der Leiter der Stadtverwaltung Jurij Korsar mit.

„Gestern Morgen fiel ein Granatgeschoss auf einen Bus im Bereich der Stadt Jasinowataja bei km 71 der Straße Donezk-Gorlowka. Der Bus ist völlig ausgebrannt.“

„Niemand wurde verletzt, weil es früh am Morgen und der Bus leer war“, sagte Korsar. Der Bus sollte Eisenbahnarbeiter nach Jasinowataja bringen. „Die Menschen kamen zu Fuß“, fügte der Bürgermeister hinzu.

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen an in den letzten 24 Stunden sieben mal das Regime der Feueinstellung verletzt, teilte die Volksmiliz der LVR mit. Dabei wurden Granatwerfer, gepanzerte Militärtechnik, Abwehrgeschütze und andere Schusswaffen.

Beschossen wurden Weselaja Gora, Obosnoje und ein Checkpoint in der Nähe von Staniza Luganskaja.

Tote oder Verletzte gibt es nicht. Das Feuer wurde nicht erwidert.

Dan-news.info: Die Gebäude von zwei Schulen und eines Kindergartens wurden durch den nächtlichen Beschuss von Gorlowka durch die ukrainischen Gruppen beschossen.

Außerdem wurde in der Stadt das Dach eines mehrstöckigen Wohnhauses vollständig

zerstört, wo ein Splittergeschoss einschlug. Auf den Straßen der Stadt, auf dem Gelände privater Nebenwirtschaften, in der Nähe von Wohnhäusern und sozialen Objekten gibt es zahlreiche frische Krater von Geschossen und Minen. Außerdem gibt es einige großflächige Zerstörungen von Gasleitungen.

„Die ukrainische Seite beschießt zielgerichtet Wohngebiete“, erklärte der stellvertretende Kommandeur der Milizen der DVR Eduard Basurin. Heute trafen die Geschosse einen Kindergarten. Die Regierung der Ukraine demonstriert auf jedwede Weise ihren Unwillen gemäß dem Friedensplan zu handeln“, unterstrich der stellvertretende Kommandeur. Wie Kämpfer der Milizen der DVR mitteilten, wurde mit Panzerwaffen, Haubitzen vom Kaliber 152 mm und mit Granaten vom Kaliber 120 mm geschossen. Der Beschuss begann gestern um 22 Uhr und endete heute gegen Morgen.

„Es wurden Panzerbeschüsse mit 122 mm Kaliber festgestellt. Darunter wurden auch Splitterbomben verwendet: sehr große Zerstörungen, eine Menge an Splintern“.

Dan-news.info: Die Störungen in der Funktion des Mobilfunknetzes „MTC-Ukraina“ sind eine weitere Diversion von Seiten der ukrainischen Behörden, teilte das Kommunikationsministerium der DVR mit.

„Die Information über eine Beschädigung des Hauptfaseroptikkabels im Bezirk von Wolnowacha entspricht nicht der Wirklichkeit. Die Verbindung mit MTC auf dem Territorium der DVR ist auf Initiative der ukrainischen Behörden ausgefallen. Dies ist eine weitere Provokation und Diversion von ihrer Seite“, erklärte das Ministerium.

Nach Informationen des Ministeriums „arbeitet in der Stadt Wolnowacha die MTC-Verbindung regulär, Unterbrechungen werden nicht beobachtet“.

De.sputniknews.com: Die zunehmende Nato-Präsenz in Osteuropa ist laut dem Chef des Verteidigungsbündnisses, Jens Stoltenberg, auf die „russische Aggression“ in der Ukraine zurückzuführen.

„Die Nato hat ihre Militärpräsenz im Osten, einschließlich des Baltikums, erhöht, nämlich wegen des aggressiven Verhaltens Russlands, das für die Aggression in der Ukraine, die rechtswidrige Krim-Annexion und die Destabilisierung verantwortlich ist“, äußerte Stoltenberg am Mittwoch vor Journalisten.

Der russische Generalstabschef Valeri Gerassimow hatte unterdessen gesagt, die Vorwürfe einer aggressiven Politik an Russland seien zu einer Triebkraft der Nordatlantischen Allianz geworden. Die Nato nehme diese zum Vorwand für ihre zunehmenden Aktivitäten.

Seit kurzem übe die Nato nicht Anti-Terror-Einsätze, sondern die Kriegsführung gegen einen angenommenen Gegner, unter dem Russland leicht erkennbar ist. Die Zahl der Nato-Manöver habe sich 2014 nahezu verdoppelt.

Dan-news.info: Die DVR und die LVR haben heute den von ihnen ausgearbeiteten Entwurf eines Gesetzes „Über die Besonderheiten der Durchführung örtlicher Wahlen“ veröffentlicht. Die besondere Ordnung der Durchführung von Wahlen für die Abgeordneten in die Räte der Bezirke, Städte, Stadtbezirke, Dörfern und Siedlungen sowie für die entsprechenden Oberhäupter gilt gemäß dem Gesetzesentwurf für 493 Ortschaften auf dem Territorium der DVR und 371 Ortschaften in der LVR.

Die Vollmachten für die Organisation der Durchführung der Wahlen überträgt der Gesetzesentwurf einer zeitweiligen Wahlkommission. Die Wahlen der Oberhäupter der Dörfer, Siedlungen, Städte und Bezirke müssen innerhalb von zwei Monaten nach Inkrafttreten des Gesetzes erfolgen, die Wahlen für die Abgeordneten der Räte der verschiedenen Ebenen im Laufe von sechs Monaten. Die Zeitpunkte für die Wahlen müssen von den zeitweiligen Wahlkommissionen festgelegt werden.

Auch müssen die zeitweiligen Wahlkommissionen die Ordnung für die Akkreditierung von Massenmedien für die Information über die Wahlen bestimmen. „Massenmedien, die die Prinzipien der Durchführung der Wahlen verletzen, die durch das vorliegende Gesetz bestimmt werden, oder die an der Entfaltung von Zwietracht unter den Bürger, der Verbreitung von Aufrufen zur Gewalt und offenkundig unwahren Informationen über die Situationen in den einzelnen Gebieten der Oblaste Donezk und Lugansk beteiligt sind, werden für die Teilnahme an den Prozeduren des Wahlprozesses nicht zugelassen“, wird in dem Gesetzesentwurf unterstrichen.

Als Prinzipien für die Durchführung von Wahlen werden genannt: direkte und freie Willensbekundung der Wähler; Gleichberechtigung aller Wähler; Gleichberechtigung aller Kandidaten; geheime persönliche Stimmabgabe; Öffentlichkeit, Einfachheit und Transparenz der Organisation des Wahlprozesses; Gerechtigkeit; freie Agitation vor den Wahlen; Toleranz und Achtung der Teilnehmer des Wahlprozesses gegen einander.

Dan-news.info: Die DVR und die LVR haben heute ihre Änderungen für die Verfassung der Ukraine veröffentlicht.

Der Text fügt Änderungen in 6 Artikel des Grundgesetzes ein. Die DVR und die LVR treten auch mit einer Initiative hervor den Artikel 17 oder 18 durch die Worte „Die Ukraine ist kein Teil von militärischen Blöcken oder Vereinigungen, bewahrt die Neutralität, nimmt nicht an militärischen Handlungen außerhalb ihres Territoriums teil.“

Es wird vorgeschlagen, in der Verfassung die unbefristete Gültigkeit des Gesetzes über den besonderen Status des Donbass aufzunehmen (derzeit ist dies auf drei Jahre befristet).

In Artikel 139 werden 8 Änderungen eingefügt, die insbesondere dem Donbass das Recht geben, ein besonderes Gebiet mit besonderem Status zu bilden, seine eigenen Wahlkommissionen zu bilden.

Die DVR und die LVR bilden Einheiten einer Volksmiliz, die ihre Vollmachten unter den Bedingungen einer gesonderten rechtlichen Regelung ausüben. Die örtlichen Behörden ernennen und entlassen die Leitung der Miliz.

Die Schaffung und Auflösung von Gerichten, ihrer Tätigkeit, die Entlassung und Ernennung von Richtern und Staatsanwälten erfolgt in Übereinstimmung mit den örtlichen Behörden und örtlichen Zusammenschlüssen.

Die Regierung des Donbass kontrolliert die Naturressourcen der Region, den Baubereich, den Tourismus, Transport, Kultur (darunter auch den Erhalt von Denkmälern, Obelisken und Gedenksteinen), zum Teil auch die Bildung (Fragen der Verwendung der russischen Sprache).

Die Ukraine ihrerseits verwendet jährlich einen Teil der Einkünfte ihres Budgets für die Finanzierung der Entwicklung der DVR und der LVR, unterstützt bei der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit der Regionen, legt für diese ausreichende Finanzierungsquellen fest, führt ein besonderes ökonomisches Regime ein.

Das Kabinett der Ukraine wird verpflichtet die sozialökonomische und kulturelle Entwicklung des Donbass zu unterstützen.

De.sputniknews.com: Wer aus dem ukrainischen Kampfgebiet Donbass in die übrige Ukraine fahren will, sollte lieber über Russland als durch die Kontrollposten des ukrainischen Militärs fahren. Nach Angaben der OSZE-Beobachter vor Ort ist der Weg über Russland zwar länger, aber sicherer.

Die ukrainische Regierung hat im Januar an der Grenze zu den abtrünnigen Regionen Donezk und Lugansk Kontrollposten aufgestellt. Um in die von Kiew kontrollierten Gebiete zu fahren, benötigen die Ukrainer aus dem Donezbecken (Donbass) spezielle Passierscheine. „Die Menschen entscheiden sich öfters, durch russisches Gebiet zu fahren. Dieser Weg ist länger aber sicherer“, so die Special Monitoring Mission (SMM) der OSZE in der Ukraine in ihrem neuen Bericht. In dem am Mittwoch veröffentlichten Dokument heißt es, dass die ukrainischen Kontrollposten die Bewegungsfreiheit einschränken.

Vor allem Frauen, Kinder und Senioren sollten für das Verlassen des Konfliktgebiets den Weg durch Russland wählen. Die OSZE rief die Regierung in Kiew dazu auf, Zivilisten die

Möglichkeit zu geben, die Kriegsgebiete bei Bedarf schnell und sicher zu verlassen, sowie einen freien und sicheren Zugang für Hilfsgüter zu schaffen.

Kiew hatte am 1. Dezember eine Verkehrsblockade gegen den Donbass verhängt. Der Straßen- und Eisenbahnverkehr wurde abgebrochen. Nach Angaben der OSZE haben am Dienstag in der vom ukrainischen Militär kontrollierten Ortschaft Trjochisbenka unweit der nicht anerkannten Volksrepublik Lugansk rund 200 Zivilisten, größtenteils Frauen, gegen die Verkehrsblockade protestiert.

Novorossia.su: Die Antwort Kiews auf die Vorschläge von DVR und LVR

Der Sekretär des Nationalen Sicherheitsrates der Ukraine Turchynov kommentierte den Vorschlag von LVR und DVR zu den Wahlen und die Erklärung über die Möglichkeit der Rückkehr in das Hoheitsgebiet der Ukraine als Autonome Republik:

"Mit dem Recht auf Autonomie sind wir bereit, nur den Kuban in die Ukraine wiederaufzunehmen. Der Rest des Gebietes der Ukraine hat die gleichen Rechte wie alle anderen Regionen der Ukraine nach der aktuellen Verfassung der Ukraine."

Dan-news.info: Die Mobilfunkverbindungen von MTC in der DVR funktionieren wieder.

De.sputniknews.com: Nach Korruptionsvorwürfen gegen die Regierung Arsenij Jazenjuk hat der Anti-Korruptions-Ausschuss des ukrainischen Parlaments am Mittwoch ein Amtsenthebungsverfahren gegen Innenminister Arsen Awakow eingeleitet. Nach ukrainischem Recht werden die Regierungsmitglieder vom Parlament ernannt und entlassen. „Nach der Erörterung der Tätigkeit ranghoher Beamter des Innenministeriums haben wir heute das Entlassungsverfahren gegen Innenministers Arsen Awakow initiiert“, teilte Ausschussmitglied Juri Derewjanko via Facebook mit. Nach seinen Worten beurteilte der Anti-Korruptions-Ausschuss die Arbeit des Ministeriums als unbefriedigend. Zuvor hatte der Ex-Chef der staatlichen Finanzinspektion Nikolaj Gordijenko der Regierung Jazenjuk vorgeworfen, rund 7,5 Milliarden Griwna (etwa 300 Millionen US-Dollar) Staatsgelder unterschlagen zu haben. Jazenjuk wies den Vorwurf zurück, dennoch setzte die Rada im April eine Kommission zur Untersuchung der Korruptionsvorwürfe gegen Regierungsmitglieder ein. Die Kommission soll der Rada noch in dieser Woche einen Zwischenbericht vorlegen. Awakow war nach dem Umsturz im Februar 2014 zum Innenminister in der Regierung Jazenjuk ernannt worden.

Abends:

De.sputniknews.com: Bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem ukrainischen Präsidenten Pjotr Poroschenko. hat Bundeskanzlerin Angela Merkel am Mittwoch auf Probleme mit der Umsetzung der Minsker Vereinbarungen über die Ostukraine hingewiesen. „Auf der Grundlage der Minsker Abmachung vom Februar müssen wir feststellen, dass wir noch nicht da sind, wo wir hin wollen“, sagte Merkel. „Wir haben noch keine vollständige Waffenruhe“. Insbesondere in Schirokino und am Donezker Flughafen seien immer wieder Verletzte und auch Tote zu beklagen. "Wir müssen

es schaffen, auch an diesen beiden Stellen den Waffenstillstand hinzubekommen", forderte die Bundeskanzlerin.

Darüber hinaus bestand Merkel auf der Erfüllung weiterer Punkte der Minsker Vereinbarungen wie Austausch von Gefangenen. Gleichzeitig unterstrich sie die Rolle der vier Arbeitsgruppen, die sich mit der Deeskalation im Ukraine-Konflikt befassen müssen.

„Für mich gilt: Die Minsker Abmachungen sind die Plattform, auf der wir agieren müssen“, sagte Merkel. Auch Poroschenko bekannte sich zu den Minsker Friedensvereinbarungen. „Wir sind überzeugt, dass es keine Alternative zum Minsker Abkommen gibt“, kündigte der ukrainische Präsident an.



<http://cdn2.img.de.sputniknews.com/images/30230/57/302305747.jpg>

Dan-news.info: Das Treffen der Untergruppe zur Ökonomie der Minsker Kontaktgruppe finden am Donnerstag, dem 14. Mai statt, erklärte heute der Leiter der Delegation der DVR bei den Friedensverhandlungen, der stellvertretende Sprecher des Volkssowjets Denis Puschilin.

„Morgen findet die Sitzung der Untergruppe der Kontaktgruppe zur Ökonomie statt. Über Einzelheiten zu sprechen ist es noch zu früh“, sagte er.

De.sputniknews.com: Der Generalsekretär Jens Stoltenberg hat der Ukraine eine engere Partnerschaft mit der Nato in Aussicht gestellt. Das Bündnis will sein Personal in Kiew aufstocken und gemeinsam mit dem ukrainischen Militär üben.

„Wir werden unsere Unterstützung der Ukraine in den Bereichen Kontrolle, Logistik, Cybersicherheit und Kommando verstärken. Wir werden unser Büro in Kiew verstärken, um die ukrainische Regierung und insbesondere das Verteidigungsministerium zu beraten“, sagte Stoltenberg am Mittwoch am Rande des Nato-Außenministertreffens im türkischen Antalya. Im Herbst würden die Nato und die Ukraine eine gemeinsame Militärübung abhalten. „Unsere enge Zusammenarbeit wird die Verteidigungsfähigkeit der Ukraine stärken.“

Dan-news.info: Erklärung des stellvertretenden Kommandeurs der Milizen der DVR Eduard Basurin vor der Presse (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

„Die Aufklärung der Milizen der DVR hat eine Verlagerung von Grad-Systemen, gepanzerter Militärtechnik, Panzern, fahrbaren Artillerieeinrichtungen in Richtung Abgrenzungslinie festgestellt. Auch gibt es Informationen über die Vergrößerung der Zahl von beweglichen Krankenhäusern“, sagte Basurin.

Nach den Worten des Vertreters des Verteidigungsministeriums haben sich Diversions- und

Erkundungsgruppen des Gegners aktiviert, die wieder mit Granatwerfern auf Wohngebiete der Ortschaften der Republik schießen.

„Vereinzelt halte ich mich an Versuchen des ukrainischen Militärkommandos auf wieder die Öffentlichkeit zu betrügen. So gestern nach der vom leitenden Inspekteur der ukrainischen Streitkräfte Wiktor Feditschejew vorgebrachten Erklärung über die Existenz von 4 operativ-taktischen Raketen „Totschka-U“ auf dem Territorium der DVR und der LVR im Bestand der Streitkräfte der Republiken und über die Existenz von unwiderlegbaren Beweisen dafür bei der ukrainischen Aufklärung. Das Verteidigungsministerium hat dem ukrainischen Verteidigungsministerium 24 Stunden gegeben, um die genannten Fakten zu veröffentlichen. Aber nach Auslaufen dieser Frist wurden die Beweise nicht veröffentlicht.“

Nach den Worten Basurins „zieht dies ein weiteres Mal die Information, die von der offiziellen Führung der Ukraine verbreitet werden und die realen Möglichkeiten der Aufklärung, die im Interesse des Kiewer Regimes tätig ist in Zweifel“.

De.sputniknews.com: Ukrainische Soldaten haben OSZE-Beobachter nicht durch den Kontrollpunkt Olchowoje durchgelassen, weil die Experten das Passwort nicht nennen konnten. Das geht aus dem jüngsten Bericht der Beobachtermision der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) hervor.

„Die Mission wurde an Olchowoje, 22 Kilometer nordöstlich von Lugansk, gestoppt und aufgefordert, das Passwort zu nennen, das die Experten aber nicht kannten. Danach wurde den OSZE-Beobachtern die Durchfahrt verweigert“, hieß es.

De.sputniknews.com: Die Durchführung von Wahlen im Donbass im Osten der Ukraine und die Verleihung eines Sonderstatus an die Region sind Teil der Minsker Vereinbarungen. Das erklärte NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg am Mittwoch im türkischen Antalya nach Abschluss einer Sitzung der Ukraine-NATO-Kommission.

„Der politische Teil der Minsker Abkommen muss restlos realisiert werden. Dazu gehören denn auch der Sonderstatus für den Donbass und Regionalwahlen. Wir plädieren für eine strikte Erfüllung (des Dokuments). Wir bestehen darauf, weil das Abkommen der einzig zuverlässige Weg zur friedlichen Beilegung des Konflikts in der Ukraine ist. Vieles hängt von den Seiten bei den Verhandlungen ab. Wir können nur empfehlen. Aber die Arbeit soll von den Seiten selbst getan werden“, sagte Stoltenberg.